

Pressemitteilung

30. September 2019

Allensbach-Umfrage

Grundrente: Zwei Drittel der Deutschen für Prüfung der Bedürftigkeit

Berlin – Wenn Grundrente, dann nur für Bedürftige. Das sagen zwei von drei Deutschen laut einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des **Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. Diese Meinung wird in allen sozialen Schichten von Jung bis Alt vertreten. „Auch die Anhänger der SPD urteilen hier nicht anders als der Durchschnitt der Bevölkerung“, so **Prof. Dr. Renate Köcher**, Geschäftsführerin des IfD, bei der Vorstellung der Ergebnisse heute in Berlin.

Die Allensbach-Umfrage zeigt, wie groß der Reformbedarf im Bereich der gesetzlichen Altersvorsorge ist. Fast 80 Prozent der Deutschen haben Zweifel, dass die Renten in Zukunft gesichert sind. „Das ist ein fatales Signal. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Menschen sich wieder auf ihre Rente verlassen können. Vertrauen schafft man aber nicht mit teuren Wahlgeschenken wie der Mütterrente oder der Rente mit 63. Das sind Rezepte von gestern. Wir brauchen aber eine Rente von Morgen“, so INSM-Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr**.

Einer weiteren Vereinheitlichung der Renten erteilen die Deutschen eine klare Absage. Köcher: „Die überwältigende Mehrheit unterstützt eine Differenzierung der Renten abhängig von der Beitragsleistung, nur 17 Prozent votieren für eine Angleichung der Renten. Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente.“

Die Chancen für eine generationengerechte Reformrente darf die Bundesregierung nicht weiter verschleppen. Vor zehn Jahren waren 51 Prozent der Meinung, dass Belastungen zwischen den Generationen ungerecht verteilt sind. Inzwischen sagen das 61 Prozent. Der Großteil sieht vor allem die jüngere Generation im Nachteil.

Ein wesentlicher Beitrag für eine gerechte Rente von Morgen wäre die kontinuierliche Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung. Das sehen auch immer mehr Deutsche so. Während 2014 nur 36 Prozent die Notwendigkeit sahen, künftig länger zu arbeiten, sind davon inzwischen 51 Prozent überzeugt. Pellengahr: „Länger zu arbeiten ist der sozialste, gerechteste und effektivste Weg, um die Renten stabil und Beiträge niedrig zu halten. Die steigende Lebenserwartung ist ein Geschenk, aber die steigenden Rentenbezugszeiten sind eine Belastung. Beides muss gerecht zwischen Jung und Alt aufgeteilt werden. Unser Vorschlag: mit der Gerechtigkeitsformel das Verhältnis von Arbeitszeit und Rentenzeit in Zukunft konstant halten. Steigt die durchschnittliche Lebenserwartung um ein Jahr, wird dieses auf vier Monate länger Rente und acht Arbeitsmonate aufgeteilt.“

Die vollständigen Ergebnisse der Allensbach-Umfrage finden Sie unter insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de